Editorial

Karl-Heinz Paqué*

Gute Gebietsreformen?

<https://doi.org/10.1515/pwp-2017-0058>

Liebe Leserin, lieber Leser,

Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten eine Fülle von kommunalen Gebietsreformen erlebt. Die dafür verantwortlichen Regierungen der Bundesländer begründeten dies in aller Regel mit der Verwaltungseffizienz: Größere regionale Einheiten, so die Argumentation, versprechen „Economies of scale“, weil die staatliche Administration nun einmal mit hohen Fixkosten arbeitet. Wir Volkswirte müssen freimütig einräumen, dass wir diese Begründung in aller Regel mittragen, gelegentlich sogar durch gutachtliche Stellungnahmen in die politische Diskussion einbringen. Sie ist ja auch theoretisch und praktisch höchst plausibel.

Wie aber sind die Ergebnisse dieser Reformen? Sebastian Blesse und Felix Rösel fassen in der Rubrik *Wissenschaft im Überblick* die vorliegende empirische Evidenz zusammen. Ihre ernüchternde Schlussfolgerung: Von allzu viel Effizienz- und Qualitätsgewinnen kann nicht die Rede sein. Wenn es sie überhaupt gibt, fallen die sozialen Renditen mager aus – und dem stehen dann noch die negativen Nebenwirkungen gegenüber, insbesondere eine abnehmende Zufriedenheit der Menschen mit ihrer gelebten Demokratie. Bei den Wellen des Populismus, die wir gegenwärtig erleben, muss dieses Ergebnis zu denken geben: Wollen wir wirklich eine bürgerferne Demokratie, die noch nicht einmal besonders kostengünstig arbeitet?

In den beiden *Beiträgen aus der Forschung* steht die Energieversorgung in Deutschland im Vordergrund. Manuel Frondel, Ole Kutzschbach, Stephan Sommer und Stefan Traub untersuchen die Verteilungswirkung der Kosten der Energiewende auf private Haushalte, die anders ausfällt als weithin politisch gewünscht. Sie unterbreiten Reformvorschläge, die mehr Gerechtigkeit schaffen könnten. Gerd Aigeltinger, Peter Heindl, Verena Liessem, Daniel Römer, Clarita Schwengers und Claire Voigt untersuchen den Stromverbrauch von Haushalten in Grundsicherung. Empirisch zeigt sich, dass die in den Sozialgesetzbüchern ange-

setzten Regelbedarfe nicht ausreichen, um die Stromkosten zu decken.

In der Rubrik *Das Gespräch* spricht Karen Horn mit dem Franzosen Charles Wyplosz, Professor am Graduate Institute of International and Development Studies in Genf. Es geht um hochpolitische Makroökonomik, insbesondere um die Arbeitsmarktreformen, die Emmanuel Macron seit seiner Wahl zum Staatspräsidenten in Frankreich auf den Weg gebracht hat; und es geht um die weitreichenden Vorschläge zur Europäischen Union, mit denen Macron die Reformdiskussion in Europa anstößt – insbesondere im Nachgang zu seiner vielbeachteten Rede an der Pariser Sorbonne Ende September 2017.

Darüber hinaus veröffentlichen wir, wie in jedem Jahr, die Thünen-Vorlesung, die auf der Jahrestagung des *Vereins für Socialpolitik* gehalten wurde. Diesmal geschah dies an der Universität Wien. Monika Bütler sprach über Alterssicherung zwischen Zwang, Paternalismus und Wahlfreiheit. Aufgrund ihrer Forschung kommt sie zu dem Schluss, dass die Menschen gerade in wichtigen Fragen der Altersvorsorge durchaus rational agieren – vielleicht rationaler, als die neuere Forschung mit Blick auf vielfältige psychologische Verzerrungen unterstellt. Man ist versucht zu fragen: Braucht es da überhaupt „Nudges“, wie sie Richard H. Thaler vorschlägt, der im Oktober den Nobelpreis erhalten hat?

*Kontaktperson: Karl-Heinz Paqué, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, E-Mail: paque@ovgu.de

Schließlich noch ein editorischer Hinweis: Zusätzlich zum „Editor’s Choice“, dem Gratisangebot ausgewählter Beiträge auf der Journal-Homepage für ein breiteres Publikum, werden die *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* nach der Jahreswende akzeptierte Beiträge umgehend nach dem Satz online verfügbar machen – also *“ahead of print”*. So kommen unsere Inhalte von 2018 an noch schneller zu Ihnen.

Karl-Heinz Paqué